

DER POLITISCHE GASTBEITRAG

Über Olivgrün und Polizeiblau hinaus

Die deutsche Sicherheitspolitik denkt noch in Kategorien, die von der Wirklichkeit schon überholt wurden

Früher war alles einfacher! Die Erinnerung an die Zeiten des Kalten Kriegs ist eine Schwarz-Weiß-Aufnahme. Es gab keine politischen Grautöne. Die Aufgaben der Sicherheitsvorsorge waren klar verteilt: hier der Schutz der innerdeutschen Grenze in Nato-Oliv, dort die polizeilichen Aufgaben.

Am Wandel des Bundesgrenzschutzes - in der Anfangsphase hatte er einen paramilitärischen Auftrag und seine Mitglieder den Kombattantenstatus - hin zur Bundespolizei lässt sich der bundesrepublikanische Wunsch nach konsequenter „Gewaltenteilung“ zwischen innen und außen gut nachvollziehen.

Das Ende des Kalten Kriegs und der weltweite Terrorismus haben diese Trennung de facto aufgehoben. Und viele wollen die Konsequenzen dieser Entwicklung noch nicht wahrhaben. In einem bemerkenswerten Vortrag vor der Bundessicherheitsakademie, der höchsten Fortbildungseinrichtung des Bundes zu diesem Thema, hat Udo Di Fabio, Richter am Bundesverfassungsgericht, festgestellt: „Ein gewisser Strukturwandel fällt doch auf. Die Entwicklung der Kriminalität und gerade auch der terroristischen Gewalt übersteigt Grenzen, nicht nur Staatsgrenzen, sondern auch ideelle Grenzen der Politik und des Rechts. Dazu gehört, dass

getrennte Rechtsräume und die Vorstellung von innerer und äußerer Rechtsordnung zur Disposition gestellt scheinen.“ Die strikte Trennung zwischen Olivgrün und Polizeiblau, Teil der bundesrepublikanischen Legitimation, ist nicht länger gültig!

Wie oftmals in der Politik zeigen sich inhaltliche Defizite in den Strukturen. So gibt es eine Nato-Initiative, geführt von Italien, mit der die Fähigkeiten von besonderen „paramilitärischen Polizeieinheiten“ - die Rede ist von italienischen Carabinieri, französischer Gendarmerie oder spanischer Guardia Civil - in Auslandseinsätzen unterhalb des militärischen Eingreifens optimiert werden sollen. Sie alle unterstehen im Frieden dem jeweiligen Innenministerium, gehören aber organisatorisch zum Verteidigungsressort. Diese Einheiten tragen Polizeiblau, können aber im Notfall in Verbandsformation operieren.

Und Deutschland? Die Bundeswehr verfügt nicht über einen solchen Truppenkörper, und die Bundespolizei untersteht bekanntlich dem Bundesinnenministerium. Da aber genau diese Art von paramilitärischen Einheiten beispielsweise auf dem Balkan äußerst erfolgreich ist, ergibt sich für Berlin ein Dilemma. Was tun?

An dieser Stelle wird offensichtlich, dass es angesichts der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen und der Erwartungen der Verbündeten an Berlin Diskussionsbedarf auch bei den föderalen Strukturen gibt. Die erweiterte Sicherheitsvorsorge sieht die Mehrzahl der politisch Verantwortlichen - obwohl sie



HEINZ SCHULTE

ist Chefredakteur der Griephan-Briefe, Informationen zur Sicherheit.

physisch in Berlin angekommen sind - immer noch durch die Brille der Bonner Republik. Weder die Globalisierung noch die Partner in Europa, in der Nato und den Vereinten Nationen warten auf den Ausgang einer langwierigen Fundamentaldiskussion zur politisch korrekten Schnittstelle zwischen innerer und äußerer Sicherheit.

Und dies ist nur ein Teil der Diskussion um die erweiterte Sicherheitsvorsorge; es gibt eine zusätzliche Dimension der Globalisierung, die in Berlin noch nicht ausreichend erkannt wird: Sicherheit wird auch

im Nadelstreifen produziert! Das Wesentliche der Globalisierung sind die weltweiten Ströme: Ströme an Gütern, Informationen, Finanzen und Menschen. Diese werden gelenkt durch politische Vorgaben, wie beispielsweise die amerikanische Container-Security-Initiative. Sie verpflichtet alle Importeure, eine lückenlose Dokumentation und Durchleuchtung aller für die USA bestimmten Container vorzulegen. Ähnlich muss die Legitimation von Geldströmen (History of Funds) nachgewiesen werden.

Ob sie es wollen oder nicht, Logistikbetreiber (einschließlich Reedereien und Fluggesellschaften) und Banken sind somit Teil der erweiterten Sicherheitsvorsorge. Bis auf Weiteres setzen zwei politische Kraftzentren die gültigen Standards für Global Security, die von Dritten zu beachten und zu bezahlen sind: Washington und die EU in Brüssel (im Gegensatz zu Nato-Brüssel). Andere wirtschaftliche und politische Kraftzentren im Fernen und Mittleren Osten werden folgen. Die Definitionsmacht von Washington und Brüssel hat zur Folge, dass diejenigen, die Ströme lenken wollen, diese Vorgaben beachten müssen.

Wie verwundbar moderne Gesellschaften im Zeitalter von Just-in-time-Logistik geworden sind, zeigt

der gegenwärtige Lokführerstreik im Ansatz. Was ist, wenn diese Verwundbarkeit in den Fokus terroristischer Aufmerksamkeit rückt? Die verwundbaren Ölrouten sind ein oft genanntes Beispiel. Ebenfalls eine sicherheitspolitische Dimension hat die Diskussion um Staatsfonds, die möglicherweise drohende Übernahme sensibler wirtschaftlicher und industrieller Infrastruktur (wie Energie, Kommunikation und Transport) durch intransparente staatliche Fonds. Hierunter fällt auch die sorgfältige Analyse der Umstände und politischen Absichten der russischen Regierung mit Blick auf die Überflugrechte für Lufthansa Cargo. Wer definiert die Interessen des Staates auf diesem Feld? Muss es einen Koordinator für die strategische Industrie im Bundeskanzleramt geben?

Wie gesagt, die Herausforderungen der erweiterten Sicherheitsvorsorge unterscheiden nicht länger zwischen Olivgrün, Polizeiblau und Nadelstreifen. Es kommt der Tag, wo die Vertreter der unterschiedlichen mit Sicherheit befassten Einrichtungen, staatlich oder nichtstaatlich, an einem Koordinierungstisch sitzen. Die Frage ist, ob es erst einer auslösenden Großkrise bedarf oder ob man in Berlin schon vorausschauend agiert.

gastautor@handelsblatt.com